

Die Woche im Blick

DZW-Umfrage:
Hier ist Ihre Meinung gefragt 3

Wieder im Bundestag:
Viele Interessenten für Gesundheitsausschuss 5

Zahntechniker möchten mehr Einfluss:
Wirtschaftliche Lage der Dentallabore dramatisch verschlechtert 6

Zahnmedizin

Frühkindliche Karies:
Zu einer kauaktiven Ernährung zurückfinden 10

In dieser Woche mit DZW-ZahnTechnik
»Legierungen, Galvano, Titan«

Im Tierversuch erfolgreich:
Milchsäurebakterien kontra Karies 11

Praxis aktuell

Autologe Transplantation (2):
Zähne können jahrelang Funktion erfüllen 12-14

Röntgen in der Zahnarztpraxis (2):
Abläufe schriftlich festhalten 19

Workshop für Labore:
In Zukunft Zahntechnik 20

Hochschulseiten 15/16

Dentallabore 21/22

Politik mit Überschriften reicht nicht mehr – Körperschaften suchen neue Strategien bei befundorientierten Festzuschüssen:

Kassengeld reicht nicht für medizinisch ausreichende Grundversorgung

Die zahnärztlichen Forderungen nach befundorientierten Festzuschüssen mit Kostenerstattung für die gesamte Zahnheilkunde, die auf der Hauptversammlung des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in Lübeck am Wochenende wieder im Zentrum der Diskussionen stehen werden, haben nur dann eine Chance, wenn man endlich von den „Überschriften wegkommt und der Politik konkrete Vorschläge unterbreitet“. So sehen es zunehmend auch Vorstandsmitglieder der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV).

Dazu gehören genaue Beschreibungen jener Leistungen bei entsprechendem Befund, die eine Grundversorgung sicherstellen, und Vorschläge für „Schutzmechanismen“ für die Versicherten bei Privatverträgen, zu denen die Kassen Festzuschüsse leisten.

Probleme mit Definition

Alle bisher intern angestellten Berechnungen haben gezeigt, dass die bisher aus gesundheitspolitischen Gründen erhobene Festzuschuss zu einem Befund eine medizinisch ausreichende Grundversorgung geleistet werden soll, mit den heute in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für die Zahnheilkunde zur

Verfügung stehenden Finanzmitteln nicht zu bezahlen ist. Nach den von Expertengruppen in der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) mit Vertretern der Hochschullehrerkonferenz ausgearbeiteten Befundpositionen im Rahmen der Neubeschreibung der Zahnheilkunde würde das zahnärztliche Budget, selbst bei Reduktion der Zuschusshöhe bei ZE-Leistungen in der GKV, total überfordert. Dies hat zur Folge, so KZBV-Experten gegenüber der DZW, dass die zahnärztliche Zusage von „kostendeckenden Festzuschüssen“ auf bestimmte zu definierende Leistungen zu beschränken ist. Das wird das Modell politisch immer schwerer durchsetzbar machen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit in Schwerin:

Motto 2002 ist besonders wichtig für sozial benachteiligte Familien

Alljährlich am 25. September stehen die deutschen Zahnärzte, die gesetzlichen Krankenkassen und rund 30 weitere Organisationen im Aktionskreis „Tag der Zahngesundheit“ Seite an Seite, um das gemeinsame Engagement für Prävention und mehr Mundgesundheit vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu demonstrieren und die Mundgesundheitsförderung noch weiter zu forcieren.

Jede der beteiligten Organisationen ist mit eigenen Maßnahmen und Aktionen auf vielen Ebenen für diese Aufgabe im Einsatz. „Für die Zahnärzteschaft ist die Prävention nicht nur für Kinder und Jugendliche mittlerweile zur

Grundlage zahnmedizinischen Handelns im Praxisalltag geworden“, so der Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Dietmar Oesterreich. Eine wichtige Rolle spielen bei der Förderung der Zahngesundheit nicht

Die Ärzte sind bereits wieder eingeknickt – Alte kommen aus den Schubladen:

Gute Chancen für Ulla

Für Ulla Schmidt stehen die Chancen gut, wieder das Gesundheitsressort zu besetzen. Nicht nur, weil sie in ihrem Wahlkreis Aachen mit Erfolg direkt wieder gewann. Der mögliche Alternativkandidat, Franz Müntefering, wurde Fraktionschef der Sozialdemokraten. Die ebenfalls ins Gespräch gebrachte baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt wird als Rechtsanwältin und bisherige innenpolitische Expertin als mögliche Bundesjustizministerin gehandelt.

Dem schleswig-holsteinischen Arzt Dr. Wolfgang Wodarg, der in der Gestaltung der künftigen Gesundheitspolitik eine große Rolle spielen möchte, werden kaum Chancen auf das Ministeramt eingeräumt.

Für Schmidt spricht vor allem, dass sie in die meisten Fällen dieses „besonders von starker Lobby verminten Ressorts“ (so ihr Vorgänger Horst Seehofer) bereits getappt ist oder diese nun kennt und zu umgehen weiß. Wie stark sich Schmidt fühlt, zeigt sich auch daran, dass sie kräftig die Diskussion um Steuererhöhungen in den vergangenen Tagen mit anheizte und einen weiteren Cent mehr Steuern pro Zigarette fordert. Der diesmal nicht in den Anti-Terrorkampf, sondern in den Etat des eigenen Ministeriums und die Anti-Raucher- und Pro-Gesundheits-Kampagnen gesteckt werden soll. Allerdings hat der Bundeskanzler diesen Plänen vorerst eine Absage erteilt.

Erfolgreich war auch die parlamentarische Staatssekretärin

Gudrun Schaich-Walch: Sie gewann in Frankfurt mit 44,3 Prozent (plus 2,7 Prozent) ein Direktmandat. Damit besteht für die Gesundheitspolitik – trotz unterschiedlicher Auffassungen der Beteiligten – die Chance, durch personelle Kontinuität direkt an die Arbeit der vergangenen Wahlperiode anzuknüpfen (siehe Bericht auf Seite 5).

Sicherstellungsauftrag der KVEn/KZVen in der Diskussion

Die Koalitionsverhandlungen zur Gesundheitspolitik werden weitgehend zur Chefsache gemacht und in einer kleinen Arbeitsgruppe – unter weitgehender Ausschaltung der Fraktionsexperten – bei der SPD besetzt mit Fraktionschef Müntefering und Bundesgesundheitsministerin Schmidt, bei den Grünen mit dem Parteichef Fritz Kuhn und der künftigen Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt. Müntefering gilt als Befürworter radikalerer Reformen, als sie die

White Strips
Exklusiv bei
ZFA 4629/1
ZB MED
citomant® XXL / Retard
5,94 99 - 0
Fax: 24 - 94 99 29

FACH DENT
Zeitgleich mit dem Landeszahndizietag
Mitten im Markt Messe Stuttgart